

Notwendig und gerecht

Menschenrechte in Indonesien – eine westliche Erfindung?

Die US-Intervention in Afghanistan wurde mit der Befreiung der unterdrückten Frauen gerechtfertigt und so für die Öffentlichkeit als »notwendig« und »gerecht« deklariert. Auch die Debatte um Frauenrechte in Indonesien wird unter der Überschrift der Menschenrechte geführt.

Ricarda Gerlach

Die kürzlich durchgeführte »Operation Geronimo« Barack Obamas, bei der Osama Bin Laden sein (endgültiges?) Ende fand, wurde unter dem Banner der Aufrechterhaltung der Menschenrechte geführt. Es ist keine Neuigkeit, dass die USA als selbsternannter Garant für die Einhaltung der Menschenrechte, vor allem viel Kritik und Gegenpositionen aus der islamischen Welt ernten. In Indonesien, das in der Kontroverse um Menschenrechte mehr und mehr eine Vermittlerrolle als Demokratie mit einer islamischen Bevölkerungsmehrheit erhält, gibt es natürlich zu diesem Thema kontroverse Auffassungen. Vor allem die Tatsache, dass das Geständnis über Osamas Aufenthaltsort durch *waterboarding* (simuliertes Ertrinken) der Gefangenen erzwungen wurde, lässt den Kampf der US-Regierung für Menschenrechte für viele in einem zweifelhaften Licht erscheinen.

Die US-Intervention in Afghanistan wurde mit der Befreiung der unterdrückten Frauen gerechtfertigt und somit für die Öffentlichkeit als »notwendig« und »gerecht« deklariert. Auch die Debatte um Frauenrechte in Indonesien wird unter der Überschrift der Menschenrechte geführt, welche momentan wieder neue Nahrung bekommt (unter anderem durch das Pornographie-Gesetz). Islamische Interessengruppen und säkulare Frauenorganisation stehen sich dabei in Opposition gegenüber und werden von Geldgebern unterstützt, die ebenfalls sehr unterschiedliche Interessen verfolgen.

Im herrschenden Diskurs werden Menschenrechte zudem oft als westliche »Erfindung« und Instrument

westlicher Hegemonie wahrgenommen. Die Umsetzung internationaler Regelwerke, wie die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen (*Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women* – CEDAW) wurde am 18. Dezember 1979 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen und von Indonesien im Jahr 1984 ratifiziert, aber nur zögerlich umgesetzt.¹



Reform der Frauenrechte als Menschenrechte

Die Umsetzung der CEDAW in Indonesien wird jährlich mit mehreren Millionen Dollar von den Vereinten Nationen (VN) finanziert. Hauptsächlich erhalten die VN-Organisationen UNIFEM (*United Nations Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women*) und UNFPA (*United Nations Population Fund*) Gelder, um damit nationale Frauen-NGOs in ihrer Arbeit bei der CEDAW-Umsetzung in Indonesien zu unterstützen. Diese NGOs finanzieren damit Seminare, Kampagnen und Informationsschriften zu verschiedenen Themen, wie beispielsweise einer Reform des Heirats- und Scheidungsrechts, Kampagnen gegen Frauen- und Kinderhandel oder zur Bewusstmachung über nationale, kulturelle Genderrollen und Machtkonstellationen in Familien.

Ein zentrales Element des Engagements nahezu aller säkularen Frauenorganisationen in Indonesien ist die Reform des Heirats- und Scheidungsrechts. Der Hauptkritikpunkt ist, dass das indonesische Familiengesetz seit 1974 nicht verändert und modernisiert wurde, und diesem noch ein hierarchisches und mit der VN-Konvention CEDAW nicht zu vereinbarendes Familienbild zugrunde legt. Da die Familie als Keimzelle des Staates gesehen wird, sei daher eine Reform dieser essentiellen Strukturen elementar. Die Vorsitzenden der Frauenorganisatio-

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Projekt *Redefining gender in contemporary Indonesia* an der Goethe-Universität Frankfurt.

nen argumentieren, dass ein demokratischer Staat auch eine demokratische Auffassung von Familienstrukturen haben müsse, und somit sei eine Reform des Gesetzes in diese Richtung unerlässlich. Es wird bemängelt, dass das zugrundeliegende Bild der Geschlechterrollen von Stereotypen geprägt sei und den Mann nach wie vor als Oberhaupt der Familie, mit bevorzugten Rechten, definiere. Auch das Scheidungsrecht benötige eine dringende Revision, da in Indonesien lediglich ein geringer Anteil der geschiedenen Ehemänner Unterhalt an ihre Familien zahle.²

Hinsichtlich der CEDAW besteht also eine Interessenkongruenz zwischen den säkularen Frauenorganisationen und den VN-Geldgebern. Religiös orientierte Organisationen hingegen kritisieren diese Einflussnahme der VN als unzulässige und neo-westliche Interessenwahrung. Der Rolle der Frau kommt dabei ein zentrales Element um die Hoheitsmacht von definierten, kulturellen Werten zu.

Der Einfluss internationaler Konventionen

Rückenwind erhalten die säkular orientierten Frauenorganisationen vom CEDAW -Komitee. Obwohl dessen Exekutivmöglichkeiten sehr gering sind, gibt dieses den NGOs den finanziellen und ideologischen Rückhalt, Forderungen in ihrem Land auf legitimer Ebene durchzusetzen.

Das Kommissions-Komitee zur Einhaltung der CEDAW (Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frauen) hat die Regierung Indonesiens bereits mehrfach dazu aufgefordert beispielsweise das Heirats- und Scheidungsgesetz zu reformieren. Reformen des Familienrechts hinsichtlich der Einhaltung der Konvention wurden bisher nicht berücksichtigt und der Status quo beibehalten.

Nach der letzten Anhörung vor dem CEDAW-Komitee in New York im Jahre 2007 wurden erneut Empfehlungen gegeben, welche Reformen Indonesien umsetzen sollte um die CEDAW-Konvention einzuhalten.

Als Grundlage für eine gleichberechtigte Behandlung von Männern und Frauen in Indonesien erachtet die CEDAW-Kommission es beispielsweise als notwendig, dass eine Definition, was Diskriminierung ist in der Verfassung oder der nationalen Gesetzgebung vorhanden sein müsste. Diese Voraussetzung muss gegeben sein, um Artikel eins der Konvention zu erfüllen. Diese aber umzusetzen scheitert schon allein an der kulturellen Wahrnehmung darüber, was denn Diskriminierung ist, da auch diese ein kulturelles Konstrukt mit positiven und negativen Zuschreibungen ist. Weiterhin leiden die VN-Regularien unter mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung, da sie von großen Teilen als westliche Bevormundung und Erfindung gesehen werden.

Traditionelle Werte versus libertäre Werte

Ein anderer Aspekt ist, dass das Rechtssystem in Indonesien islamische und traditionelle, kulturelle, legale Systeme (Adat) beinhaltet. Verschiedene Rechtssysteme für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und ihre inhärenten unterschiedlichen Denkmuster sind zwar gut an die Bewältigung von Konflikten angepasst. Die Existenz von verschiedenen Rechtssystemen kann jedoch dazu führen, dass es zu *forum shopping* kommt: Personen können sich willkürlich diejenigen Rechtssysteme für verschiedene Konfliktlagen und Rechtsstreitigkeiten aussuchen, welche ihren Interessen dienen und für ihren Zweck das günstigste Ergebnis versprechen. Außerdem ist es bei einem Rechtsstreit von zwei Angehörigen verschiedener Rechtssysteme nicht eindeutig, nach welchem Rechtssystem der Streit beigelegt, beziehungsweise wie geurteilt werden soll. Die verschiedenen kulturellen Wertssysteme sind in sich zwar kohärent, in der Interaktion mit anderen Wertssystemen kann es gelegentlich zu Wertverschiebungen kommen und subjektiv oder kulturell empfundenen Ungerechtigkeiten. In einigen Gegenden sind die Diskurse nicht auseinander dividierbar: Welche religiösen oder gewohnheitsrechtlichen, traditionellen (Adat) Wertediskurse herrschen und wie sie miteinander integriert sind, ist kein Widerspruch.³

Die indonesische Regierung unter Präsident Yudhoyono hat sich hingegen aus wahltaktischen Gründen für die Koalition mit konservativen, islamischen Parteien entschieden. Die modernistisch geprägten islamischen Parteien und Gruppierungen, die einen Islam vertreten, welcher von indonesischen kulturellen Elementen gereinigt sein soll, sind vorwiegend die Kritiker der Menschenrechtsdebatte und sehen diese als westlich. Auch die nationalistisch orientierte Partei der PDI-P ist entschiedener Kritiker westlicher Einmischung. Aus Sicht dieser Gruppen wird die Definitionsmacht über die Rolle der Menschenrechte als illegitime westliche Einmischung gesehen.

Das Konzept der Menschenrechte steht dabei weniger zur Debatte als die Tatsache, dass der Diskurs und »Kampf« um die Menschenrechte als westliches Privileg und deren Einforderung oft als heuchlerisch gesehen wird.

Literatur

- 1) http://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtldsg_no=IV-8&chapter=4&lang=en
- 2) <http://www.iwraw-ap.org/resources/pdf/Indonesian%20SR%20Final.pdf> und <http://cwgi.wordpress.com/2007/07/28/anggota-cedaw-working-group-initiative-cwgi/>
- 3) vgl. Geertz, Clifford: The Religion of Java